

Niederschrift

**über die konstituierende öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses
am 25.08.2014 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am
Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.**

Anwesend waren:

Landrätin und Vorsitzende des Kreisausschusses

Frau Kornelia Wehlan

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Barthel
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Michael Baumecker
Herr Hans-Stefan Edler
Herr Danny Eichelbaum
Herr Detlev von der Heide
Herr Dirk Hohlfeld
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Frau Gertrud Klatt
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Detlef Schlüpen
Herr Dirk Steinhausen
Frau Evelin Kierschk

Vertretung für Frau Katja Grassmann

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Herr Holger Lademann
Herr Detlef Gärtner
Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete und Dezernentin II
Beigeordneter und Dezernent III
Beigeordneter und Dezernent IV
Dezernent V

Entschuldigt fehlte:

Frau Katja Grassmann

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung

des Kreisausschusses am 12. Mai 2014

3 Einwohnerfragestunde

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

5 Mitteilungen der Verwaltung

6 Beschlussvorlagen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 6.1 | Wahl einer/ eines stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses | 4-1988/14-KT |
| 6.2 | Beschluss über die Gültigkeit der Kreistagswahl - Vorprüfung des Wahleinspruches von Herrn Elwin Schulze vom 25. Mai 2014 zur Kreistagswahl am 25. Mai 2014 | 4-2057/14-KT |
| 6.3 | Beschluss über die Gültigkeit der Kreistagswahl - Vorprüfung des Wahleinspruches von Herrn Ferdinand Breidbach vom 18. Juni 2014 zur Kreistagswahl am 25. Mai 2014 | 4-2058/14-KT |
| 6.4 | Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming 2015 | 4-2043/14-LR |
| 6.5 | Verfahren zur Vergabe von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam | 4-1997/14-LR/2 |
| 6.6 | Verwendung von Mitteln aus der MBS-Ausschüttung | 4-1977/14-LR |
| 6.7 | Verwendung von Mitteln aus der MBS-Ausschüttung für weitere Maßnahmen der Sportförderung 2014 | 4-2045/14-V |
| 6.8 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung | 4-2015/14-III |
| 6.9 | Leitbild zur Kreisentwicklung | 4-1996/14-IV/1 |
| 6.10 | Vertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Stadt Ludwigfelde zur Sicherung der geplanten Industriefläche "An der Eichspitze" | 4-2068/14-II |
| 7 | Informationsvorlagen | |
| 7.1 | Information zur Einsetzung eines „Anwohnerbeirates“ am Flugplatz Schönhagen gemäß der Sammelpetition der Bürgerinitiative Schönhagen und Umgebung (4-1872/14-KT) | 4-1987/14-LR |
| 8 | Anfragen der Abgeordneten | |

Nichtöffentlicher Teil

9 Beschlussvorlagen

9.1	Instandsetzung kreisstraßenbegleitender Radwege	4-2038/14-IV
9.2	Unterbringung von Asylbewerbern Übergangwohnheim Birkengrund 3 in 14974 Ludwigsfelde - Wachschutz vom 01.08.2014 - 31.07.2016	4-2022/14-II
9.3	Betreibung des Übergangwohnheimes für Asylbewerber und Flüchtlinge, Waldauer Weg 11a in 14913 Jüterbog	4-2049/14-II
9.4	Unterbringung von Asylbewerbern - Vergabe des Wachschutzes für das Übergangwohnheim, Waldauer Weg 11a, 14913 Jüterbog	4-2053/14-II
9.5	Verleihung des Denkmalpflegepreises 2014	4-2030/14-V

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Kreisausschusses Frau Landrätin Wehlan begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Kreisausschusses am 12. Mai 2014

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4

Mitteilungen der Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 6

Beschlussvorlagen

TOP 6.1

Wahl einer/ eines stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses

(4-1988/14-KT)

Frau Landrätin Wehlan bittet um Vorschläge zur Wahl.

Herr Abg. Barthel, Vorsitzender der SPD-Fraktion, schlägt Herrn Abg. von der Heide zur Wahl als stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses vor.

Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet.

Die Abgeordneten beschließen einstimmig die Durchführung einer offenen Wahl.

Der Kreisausschuss wählt:

Herrn Detlev von der Heide zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Detlev von der Heide nimmt die Wahl an.

TOP 6.2

Beschluss über die Gültigkeit der Kreistagswahl - Vorprüfung des Wahleinspruches von Herrn Elwin Schulze vom 25. Mai 2014 zur Kreistagswahl am 25. Mai 2014

(4-2057/14-KT)

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass Herr Schulze keinen Antrag zu einer Anhörung gestellt hat.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 4-2057/14-KT zu beschließen.

TOP 6.3

Beschluss über die Gültigkeit der Kreistagswahl - Vorprüfung des Wahleinspruches von Herrn Ferdinand Breidbach vom 18. Juni 2014 zur Kreistagswahl am 25. Mai 2014

(4-2058/14-KT)

Frau Landrätin Wehlan gibt bekannt, dass Herr Breidbach eine Anhörung beantragt hat.

Sie informiert, dass die Kreiswahlleiterin Frau Spalek sowie Herr Breidbach als Beteiligte in diesem Verfahren ein Rederecht im Kreisausschuss haben. Darüber hinaus nehmen als Gäste der stellv. Kreiswahlleiter Herr Muskewitz, der Wahlleiter der Gemeinde Großbeeren Herr Fischer sowie der stellv. Wahlleiter der Gemeinde Großbeeren Herr Grüneberg teil.

Herr Breidbach begründet seinen Wahleinspruch.

(Die Begründung liegt der Niederschrift bei.)

Frau Spalek, Kreiswahlleiterin, stellt dar, dass es Aufgabe der Wahlprüfung ist festzustellen, ob aufgrund der dargestellten vermeintlichen Einflussnahme durch die Unterschriftensammlung in Diedersdorf das Wahlergebnis zum Kreistag anders ausgefallen und mandatsrelevant wäre. Im Ergebnis der Prüfung ist festgestellt worden, dass es einen Verstoß gab und der Wahleinspruch begründet ist. Dieser Verstoß hat jedoch die Zusammensetzung des Kreistages nicht beeinflusst. Anhand von detailliertem Zahlenmaterial aus der gesamten Gemeinde Großbeeren macht die Kreiswahlleiterin deutlich, dass es nur geringe Unterschiede zwischen dem Briefwahlergebnis – welches völlig unbeeinflusst von Unterschriftensammlungen zustande gekommen ist – und dem Urnenwahlergebnis gibt. Des Weiteren verdeutlicht sie, dass in der Gemeinde Großbeeren, OT Diedersdorf, im Vergleich zu 2008 die CDU immer ein starkes Ergebnis bei Wahlen hatte. Frau Spalek führt aus, dass es in Diedersdorf 692 Wahlberechtigte gibt. Insgesamt ergeben die in Diedersdorf abgegebenen gültigen Stimmen für die Kreistagswahl einen Anteil von 0,39%. Selbst wenn unterstellt würde, dass es eine Beeinflussung gegeben haben könnte, wären die Auswirkungen auf den Kreistag nicht zu spüren. Dazu legt Frau Spalek Zahlenmaterial vor.

(Herr Abg. Baumecker nimmt an der Sitzung teil.)

Herr Abg. Steinhausen führt aus, dass er als Wähler in Diedersdorf die sogenannte Wahlbeeinflussung nicht wahrgenommen hat. Deshalb kann er der Argumentation von Herrn Breidbach nicht folgen. Wenn es eine Wahlbeeinflussung gegeben hätte, wäre die sicher zugunsten der Freien Wähler gegangen, da diese die Bürgerinitiative unterstützt haben und auch in der Gemeinde als Kandidaten angetreten sind.

Herr Breidbach kann der Stellungnahme der Kreiswahlleiterin nicht folgen. Er legt dar, dass es in seinem Wahleinspruch nicht um Wahlbeeinflussung geht. Aus seiner Sicht geht es allein um die Prüfung, ob die Wahl aufgrund der rechtswidrigen Sammlung von Unterschriften in unmittelbarer Nähe des Wahllokals nach Recht und Gesetz durchgeführt wurde. Bei Feststellung einer Rechtswidrigkeit des Wahlvorganges ist die Wahl zu wiederholen. Er führt an, dass der Wahlleiter der Gemeinde Großbeeren ohne Rechtsprüfung die Unterschriftensammlung genehmigt hat, was er aus der Akteneinsicht entnehmen konnte. Weiterhin macht er darauf aufmerksam, dass er den Akten entnehmen konnte, dass auch in anderen Wahllokalen durch das sogenannte mobile Einsatzkommando ähnlich vorgegangen wurde wie in Diedersdorf.

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass der Kreistag nur eine der vier im Wortlaut vorgegebenen Wahlprüfungsentscheidungen, die im § 57 Abs. 1 BbgKWahlG vorgegeben werden, treffen kann.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig (bei 1 Stimmenthaltung), die Vorlage 4-2058/14-KT zu beschließen.

TOP 6.4

Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming 2015

(4-2043/14-LR)

Herr Abg. Barthel fragt nach, ob es sich bei dem im Produktkono angegebenen Betrag von 11 T€ um die Gesamtkosten des Neujahrsempfanges handelt.

Frau Landrätin Wehlan führt an, dass dazu noch Sponsorengelder kommen, wie in der Vorlage angeführt.

Der Kreistag beschließt:

Der Neujahrsempfang 2015 wird zum Thema „Bildung in Teltow-Fläming“ durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.5

Verfahren zur Vergabe von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam (4-1997/14-LR/2)

Frau Landrätin Wehlan begründet die Vorlage. Sie erläutert, dass es sich hier um eine Forderung des bisherigen Kreistages handelt, die mit dieser Richtlinie umgesetzt werden soll. Sie erläutert, dass mit diesen MBS-Mitteln freiwillige Leistungen finanziert werden sollen. Mit Bescheid vom Juli dieses Jahres erfolgte die Gewinnausschüttung des Jahres 2013 in Höhe von 588.383,25 €, die bereits auf dem Kreiskonto eingegangen ist. Der aktuelle Stand der Alt-Mittel beträgt gegenwärtig 118.527,77 €. Sie gibt bekannt, dass zur Sitzung des Kreistages am 1. September 2014 das Antragsblatt für die Mittel vorgestellt wird.

(Herr Abg. Steinhausen verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Edler fragt, ob es sich bei der Formulierung unter Ziffer 2, finanzieller Rahmen – 60% Förderung für kreisliche Projekte und 40% für Projekte des Landkreises – nicht um den gleichen Sachverhalt handelt. Im Punkt 3.2, letzter Absatz, ist vorgesehen, dass Anträge, die einen unmittelbaren Bezug zu Festen und Jubiläen haben, nicht gefördert werden sollen. Das steht im Widerspruch zur vorgesehenen Förderung der Aktivitäten zum Jahrestag des Mauerfalls und zum zehnjährigen Bestehen der Skate-Arena in Jüterbog. Unter Ziffer 4 – Verwendungsnachweis – sollte eine andere Formulierung gefunden werden, da die Umsetzung für die Verwaltung schwer zu handhaben ist.

Frau Landrätin Wehlan erläutert die 60- zu 40%-Regelung. Bei allen Projekten handelt es sich um Projekte im Kreis. Davon sollen ca. 60% über die die Förderrichtlinien des Landkreises (Kultur, Sport, Senioren, soziale Dienste) realisiert werden, wobei es sich hier in der Regel um Projekte von Dritten handelt, die für den Kreis von Bedeutung sind. Zur Frage der Jubiläen erläutert Frau Wehlan, dass der Landkreis der Abgabenordnung und dem Sparkassengesetz verpflichtet ist. Das Jubiläum als solches hat keinen Förderzweck. Grund der Förderung wäre z.B. die Verbindung des Jubiläums mit einem gemeinnützigen Zweck. Zur Frage des Verwendungsnachweises führt sie an, dass es eine Regelung geben muss, wie Mittel zurückfließen, wenn der Förderzweck nicht gewährleistet werden kann.

Herr Abg. Barthel schlägt vor, eine Evaluierung des Punktes 4 nach einem Jahr vorzunehmen. Des Weiteren bittet er darum, die Richtlinie zeitlich zu begrenzen.

Frau Landrätin Wehlan führt an, dass die Verwaltung selbst vorgeschlagen hat, die Evaluierung der gesamten Richtlinie nach einem Jahr vorzunehmen, was im Sachverhalt angeführt ist.

Herr Abg. Hohlfeld unterbreitet den Vorschlag, den letzten Satz des Punktes 3.2 der Richtlinie wie folgt zu ändern:

„Anträge, die einen unmittelbaren Bezug zu Festen, Jubiläen oder ähnlichen haben, können nur gefördert werden, soweit diese der steuerlichen Gemeinnützigkeit entsprechen.“

Frau Landrätin Wehlan kann diesem Änderungsantrag aus Sicht der Verwaltung folgen.

Seitens der Abgeordneten gibt es dazu keine gegenteilige Auffassung.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die geänderte Vorlage 4-1997/14-LR/1 zu beschließen.

TOP 6.6

Verwendung von Mitteln aus der MBS-Ausschüttung

(4-1977/14-LR)

Frau Landrätin Wehlan gibt bekannt, dass ein Änderungsantrag der Fraktion AfD-PlanB-BVBB-WG auf den Tischen liegt.

Herr Edler, Vorsitzender der Fraktion AfD-PlanB-BVBB-WG, beantragt, den in der Vorlage unter Punkt 1 vorgeschlagenen Projekttag „Instant Acts“ nicht zu fördern. Stattdessen sollen die Mittel für Projekte zur Verfügung gestellt werden, die die tatsächliche Einbindung der Asylbewerber in das gesellschaftliche Umfeld fördern, wie z.B. Sprachkurse, Initiierung sinnvoller Beschäftigungen, Mitwirkung in Sportvereinen und Schulbesuch der Minderjährigen. Er verweist in der Begründung darauf, dass die Notwendigkeit der Aufnahme und Betreuung von Asylsuchenden in weiten Kreisen der Bevölkerung - und insbesondere bei Schülern - als hinreichend bekannt vorausgesetzt werden können. Die öffentlich-rechtlichen Medien und die Schulen informieren permanent über die Gründe von Flucht und Vertreibung. Probleme im Umfeld von Übergangswohnheimen sind vor allem auf die Nichteinbindung in das gesellschaftliche Umfeld und fehlende oder nicht ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten der Asylbewerber zurückzuführen. Deshalb sollte mehr mit den Asylbewerbern vor Ort getan werden. **Herr Edler beantragt für den Punkt 1 der Vorlage gesonderte Abstimmung.**

Herr Bührendt, Leiter des Jugendamtes, erläutert das Anliegen des Projekts „Instant Acts“, stellt dar, wie dieses im Landkreis in der Vergangenheit umgesetzt wurde und begründet die Notwendigkeit der Weiterführung. Des Weiteren informiert er über den Träger des Projekts „Instant Acts“.

Herr Abg. Eichelbaum, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, informiert, dass die Fraktion die Mitfinanzierung des Projekttages mitträgt.

Herr Abg. von der Heide plädiert ebenfalls für die Beibehaltung der Förderung des Projektes. Er regt an, sich zu gegebener Zeit in den zuständigen Ausschüssen und im Kreistag mit der Frage zu befassen, ob im Bereich der Integration von Asylbewerbern im Landkreis genügend getan wird.

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass das Thema aufgrund des Selbstbefassungsrechtes in den Ausschüssen, insbesondere im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, aufgegriffen werden kann. Als Verwaltung gibt es zu dieser Problematik die Diskussion mit den Bürgermeistern.

Herr Abg. Baumecker, Vorsitzender der Fraktion BV/FDP, schließt sich den Meinungen der CDU- und SPD-Fraktion an. Er bittet darum, den Text im Sachverhalt zu ändern, sodass daraus eindeutig hervorgeht, dass nicht die Wiesenschule zukünftiges Asylbewerberheim, sondern die Stadt Jüterbog der Standort für das Heim ist.

Der Änderungsantrag der Fraktion AfD-PlanB-BVBB-WG, den in der Vorlage unter Punkt 1 vorgeschlagenen Projekttag „Instant Acts“ nicht zu fördern und stattdessen die Mittel für Projekte zur Verfügung zu stellen, die die tatsächliche Einbindung der Asylbewerber in das gesellschaftliche Umfeld fördern, wie z.B. Sprachkurse, Initiierung sinnvoller Beschäftigungen, Mitwirkung in Sportvereinen und Schulbesuch der Minderjährigen, wird bei 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Es liegt der Antrag der Fraktion AfD-PlanB-BVBB-WG vor, über das Projekt „Instant Acts“ einzeln abzustimmen. Dazu gibt es Einverständnis.

Der Kreisausschuss beschließt:

folgendes Projekt wird unter Verwendung von Mitteln aus der MBS-Ausschüttung gefördert:

- Projekttag „Instant Acts“ an der Goethe-Oberschule Trebbin sowie an der Wiesenschule Jüterbog

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme

Der Kreisausschuss beschließt:

folgende Projekte werden unter Verwendung von Mitteln aus der MBS-Ausschüttung gefördert:

- Arbeitsbuch zur Radfahr-Prüfung für Grundschüler der Verkehrswacht Teltow-Fläming e. V. und der Gebietsverkehrswacht Teltow-Fläming Region Nord e. V.
- Begegnung im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zum Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg (anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls im November 2014)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.7

Verwendung von Mitteln aus der MBS-Ausschüttung für weitere Maßnahmen der Sportförderung 2014 (4-2045/14-V)

Herr Bührendt, Leiter des Jugendamtes, erläutert die Vorlage.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 4-2045/14-V zu beschließen.

(Herr Abg. Akuloff verlässt die Sitzung.)

TOP 6.8

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung (4-2015/14-III)

Herr Lademann, Beigeordneter und Leiter des Dezernates III, erläutert die Vorlage.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 4-2015/14-III zu beschließen.

TOP 6.9

Leitbild zur Kreisentwicklung

(4-1996/14-IV/1)

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass aufgrund der Vereinbarung mit dem bisherigen Haushalts- und Finanzausschuss am 12. Mai 2014 das neue Leitbild zur Kreisentwicklung dem Kreistag am 1. September 2014 zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Es gab die Verständigung dahingehend, dass künftig Produktziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung gemäß § 6 Abs. 4 i.V.m. § 14 Abs. 3 der Kommunalen Haushaltskassenverordnung festzusetzen sind. Frau Landrätin Wehlan führt an, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt die Diskussion zum Leitbild in allen Fachausschüssen geführt wurde. Durch die Verwaltung wurde eine Möglichkeit gefunden, wie die zahlreichen Hinweise, Anregungen und Veränderungswünsche der Abgeordneten durch die jeweiligen Fachämter bewertet und in das Leitbild aufgenommen werden können. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde am 18. August 2014 die Diskussion zum Verfahren geführt und vereinbart, dass spätestens am 29. August 2014 die veränderte Vorlage per E-Mail an alle Abgeordneten geht und zur Sitzung des Kreistages am 1. September 2014 auf den Tischen liegen wird. Gleichermaßen wurde verabredet, dass alle Abgeordneten per E-Mail vorab auch ein Abstimmungspapier erhalten, in dem alle Anmerkungen, Hinweise und Veränderungswünsche von den Fachausschüssen, Fraktionen und Bürgermeistern enthalten sind. Dazu gibt es Anmerkungen, was davon umsetzbar ist bzw. die Gründe der Fachämter, warum Vorschläge nicht zu realisieren sind.

Herr Abg. Eichelbaum, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, macht deutlich, dass die Fraktion - auch aufgrund der offenen und konstruktiven Diskussionsprozesse in den Ausschüssen - zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Zeitschiene für die Beschlussfassung zu schaffen ist. Er betont, dass es wichtig ist, am Beginn der Wahlperiode ein Arbeitsprogramm aufzustellen, welches sich nicht nur an die Verwaltung sondern auch an die politischen Gremien richtet.

Herr Edler, Vorsitzender der Fraktion AfD-Plan-B-BVBB-WG, befürchtet, dass angesichts der umfangreichen Tagesordnung der Kreistagssitzung die zahlreichen Änderungsanträge zeitlich nicht abgearbeitet werden können.

Frau Landrätin Wehlan verweist darauf, dass die Diskussion in den Ausschüssen gezeigt hat, dass sich die Abgeordneten mit den Fragen umfassend auseinandergesetzt haben. Sie spricht an dieser Stelle den Dank für diese engagierte Mitarbeit aus.

Herr Abg. Dr. Kalinka fragt nach, um wie viele Änderungsanträge es geht, über die der Kreistag zu befinden hat.

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass insgesamt 53 Hinweise aus den Ausschüssen vorliegen, bei denen es teilweise nur um redaktionelle Änderungen geht und die Eingang in die Neufassung des Leitbildes gefunden haben.

Herr Dr. Kalinka bittet um die Festlegung eines Verfahrens, wie das Abstimmungsprozedere im Kreistag dazu geführt werden soll. Er bittet die Fraktionen, weitere mögliche Änderungsanträge vorab an die Verwaltung zur Prüfung zu geben.

Herr Abg. Barthel führt an, dass sich die Fraktionsmitglieder zwar in den Ausschüssen beteiligt haben, die endgültige Meinungsbildung jedoch in der Fraktion stattfindet. Erst danach

wird ein entsprechender Änderungsantrag der Fraktion vorgelegt werden. Herr Abg. Barthel macht deutlich, dass die Fraktion die Auffassung vertritt, dass es einen Haushaltsplanentwurf 2015 geben muss, der Produktziele und Kennzahlen enthält. Für problematisch hält er jedoch ein vom Kreistag beschlossenes Leitbild mit allgemeinen Zielen für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre, welches nicht ausreichend öffentlich diskutiert wurde. Wenn der vorliegende Entwurf des Leitbildes als Startpunkt für die öffentliche Diskussion gesehen wird, könnte es Konsens geben.

Frau Landrätin Wehlan verweist auf das im Jahr 2011 stattgefundene Bürgerforum, welches von der Bundesregierung initiiert wurde, und an dem Vertreter der Verwaltung, der Politik, und Bürgermeister beteiligt waren und welches mit einem Thesenpapier abgeschlossen wurde. Darüber hinaus wurden fünf Herbstkonferenzen durchgeführt und in diesem Jahr fand eine erste Gesundheitskonferenz statt. Die letzte Herbstkonferenz, an der Vereine, Wohlfahrtsverbände, Bürgermeister, kommunale Abgeordnete teilgenommen haben, ist mit der Forderung aller Verantwortungsträger an die Verwaltung abgeschlossen worden, endlich die Diskussion zu den strategischen und mittelfristigen Zielen zu Ende zu führen.

Herr Abg. Schlüpen merkt an, dass er im Entwurf zum Leitbild z.B. eine Aussage vermisst, ob der Landkreis die Kommunen dabei unterstützen will Investoren zu finden, die bereit sind seniorengerechte Bebauung zu initiieren. Er vertritt die Auffassung, dass nach dem langen Diskussionsprozess des Leitbildes in der Verwaltung, an dem am Anfang Menschen aus dem Landkreis beteiligt waren, nunmehr die Diskussion auch mit den Menschen im Landkreis weitergeführt werden muss.

Herr Abg. Eichelbaum merkt an, dass es um ein Grundsatzpapier geht, welches eine Konkretisierung durch das politische Handeln erfahren muss. Er hätte sich gewünscht, dass die Diskussion dazu bereits in der vorhergehenden Wahlperiode geführt worden wäre. Er informiert, dass es eine ausreichende Diskussion im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt gegeben hat, in deren Ergebnis alle Anträge aufgenommen wurden. Er bittet die SPD-Fraktion, konkrete Änderungsvorschläge zu stellen, über die abgestimmt werden kann. Es ist ihm zu einfach, zum jetzigen Zeitpunkt alles infrage zu stellen.

Herr Neumann, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung, erläutert die Systematik eines Leitbildes.

Herr Abg. Schlüpen macht darauf aufmerksam, dass aus seiner Sicht der Begriff „demografischer Wandel“ insbesondere unter dem Aspekt der Alterspyramide zu sehen ist. Er fragt, wo beispielsweise seniorenorientierte Bauplanung in den Kommunen im Leitbild enthalten ist.

Herr Neumann verweist darauf, dass Anregungen jeder Art aufgenommen und durch die Verwaltung bewertet werden.

Frau Landrätin Wehlan merkt an, dass für den Schwerpunkt Förderung von Seniorenarbeit und Barrierefreiheit die Seniorenpolitischen Leitlinien maßgebend sind, die sich derzeit wieder in Überarbeitung befinden.

Herr Abg. Baumecker empfindet es als Zumutung, im Kreistag am 1. September 2014 über die Leitlinien zu beschließen, die in geänderter Fassung erst am Freitag vor der Sitzung den Abgeordneten zugehen soll.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass die insgesamt 53 Hinweise und Veränderungsvorschläge nicht mit dem Abstimmungsprozedere im Kreistag verbunden sind. Viele Hinweise haben aufgrund der Diskussion in den Fachausschüssen Eingang in das

Leitbild gefunden. Darüber hinaus gibt es Sachverhalte, die nicht eingearbeitet werden können. Das wird in einem Papier begründet werden, sodass eine Abstimmung möglich ist.

Herr Abg. von der Bank schließt sich den kritischen Bemerkungen des Abg. Baumecker an. Er weist darauf hin, dass sich die Fraktionen noch verständigen müssen, was angesichts der Zeitschiene kaum möglich ist. Er fragt, wann die Abgeordneten die Unterlagen erhalten, die noch von den Fraktionen angekündigt wurden.

Frau Landrätin Wehlan führt an, dass derzeit ein Antrag der Fraktion AfD-PlanB-BVBB-WG vorliegt und dass es Hinweise der Fraktion DIE LINKE. aus den Ausschüssen gibt. Mit allen Fraktionen wurde abgestimmt, dass Änderungsanträge bis Freitag vor dem Kreistag vorliegen werden.

Herr Abg. Barthel äußert aufgrund der engen Zeitschiene ebenso Bedenken zur Beschlussfassung des Leitbildes im Kreistag am 1. September 2014.

Frau Landrätin Wehlan verweist darauf, dass sie die mit dem HFA vereinbarte Maßgabe zur Umsetzung der Auflagen des Innenministeriums nicht verändern wird.

Herr Abg. Eichelbaum gibt zu bedenken, dass erst abgewartet werden sollte, was an tatsächlichen Änderungsanträgen zum Leitbild kommt, über die im Kreistag abgestimmt werden kann.

Herr Neumann fasst zusammen, welche Änderungsvorschläge aus den Ausschüssen und Fachämtern in den Bereich „Leben und Gemeinschaft“ des Leitbildes geflossen sind.

Herr Abg. Edler begründet den Änderungsantrag der Fraktion AfD-PlanB-BVBB-WG zum Abschnitt „Leben und Gemeinschaft“, der per E-Mail an die Abgeordneten versandt wurde. Der Satz „Der Landkreis unterstützt Initiativen und Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus und für eine starke Demokratie.“ soll durch den Satz „Der Landkreis unterstützt Initiativen und Projekte gegen jede Form von Extremismus und extremistischen Verhaltens.“

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass aus Sicht der Verwaltung dem Änderungsantrag nicht gefolgt werden sollte. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Resolution des Kreistages Teltow-Fläming gegen den Rechtsextremismus im Landkreis.

Herr Abg. Eichelbaum führt an, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag unterstützt, da alle Extremismusformen bekämpft werden sollten.

Herr Abg. Schlüpen schlägt vor, den Satz wie folgt zu fassen: „Der Landkreis unterstützt Initiativen und Projekte gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus und für eine starke Demokratie.“

Herr Abg. Edler erklärt sich mit dem Vorschlag nicht einverstanden, da seiner Meinung nach mit den Begriffen „extremistisches Verhalten und Extremismus“ alle Erscheinungsformen abgedeckt sind.

Frau Landrätin Wehlan führt an, dass zu den Änderungsanträgen nochmals eine Positionierung der Verwaltung erfolgen wird.

Der Kreisausschuss verständigt sich einstimmig dazu, die Vorlage 4-1996/14 mit den Hinweisen und Anregungen zur Beschlussfassung an den Kreistag zu geben.

TOP 6.10

Vertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Stadt Ludwigfelde zur Sicherung der geplanten Industriefläche "An der Eichspitze" (4-2068/14-II)

Frau Gurske, Erste Beigeordnete und Dezernentin II, erläutert die Notwendigkeit, den Vertrag zur befristeten Nutzung des Asylbewerberheimes in Ludwigfelde abzuschließen. Des Weiteren verweist sie darauf, dass die Verwaltung im Herbst 2014 ein Interessenbekundungsverfahren durchführen wird. Es soll ein Anbieter gefunden werden, der ein Objekt zur Nutzung als Asylbewerberheim zur Verfügung stellt, da kreisliche Immobilien nicht zur Verfügung stehen.

Auf Nachfrage des Abg. von der Heide führt Frau Gurske aus, dass zukünftig ein Angebot im Norden des Landkreises zur Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung benötigt wird, um die Regionen gleichmäßig zu belasten.

Herr Abg. Edler weist auf § 2 Abs. 2 hin. Hier verpflichtet sich der Landkreis, keine Rechtsmittel gegen den Bebauungsplan einzulegen. Dies ist seinem Wissen nach rechtlich nicht möglich. Zum § 3 Abs. 1 vermutet er, dass hier gemeint ist, dass die Regelungen der Vertragsparteien „im Übrigen“ unberührt bleiben.

Frau Gurske dankt für die Hinweise, die sie an die Stadt Ludwigfelde geben wird, die eine Anwaltskanzlei mit der Vertragsausarbeitung beauftragt hatte.

Der Kreisausschuss beschließt:

Der Kreisausschuss genehmigt den Vertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Stadt Ludwigfelde zur Sicherung der geplanten Industriefläche „An der Eichspitze“ in Ludwigfelde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7

Informationsvorlagen

TOP 7.1

Information zur Einsetzung eines „Anwohnerbeirates“ am Flugplatz Schönhagen gemäß der Sammelpetition der Bürgerinitiative Schönhagen und Umgebung (4-1987/14-LR)

Herr Abg. Baumecker zeigt sich irritiert darüber, dass bei der Vertretung der Anwohnergemeinden der Ort Löwendorf, der direkt in der Einflugschneise liegt, nicht erwähnt ist. Darüber hinaus ist er verwundert, dass auch der Bürgermeister von Trebbin nicht vertreten ist.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass die Stadt Trebbin Gesellschafter ist. Sie nimmt den Hinweis auf, den Ortsvorsteher von Löwendorf mit einzubeziehen.

TOP 8

Anfragen der Abgeordneten

Herr Abg. Eichelbaum verweist auf den Mellensee, der sich im ökologisch schwierigen Zustand befindet. Der Verein pro Mellensee bzw. der Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee haben sich an die Untere Naturschutzbehörde gewandt, um die Sanierung und Restaurierung des Mühlenfließes in die Liste der Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen mit aufzunehmen. Er fragt, wie die Verwaltung dazu steht.

Frau Landrätin Wehlan legt fest, dass die Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Die Vorsitzende des Kreisausschusses, Frau Landrätin Wehlan, stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.